

beraten und beschlossen

Aktuelles aus der Landessynode

V. Tagung der 26. Landessynode der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers
24. bis 26. November 2021

#Kirche2030 – Gemeinsam mehr sehen

Landessynode bringt dreijährigen Zukunftsprozess auf den Weg

„#Kirche2030 – Gemeinsam mehr sehen“: Unter diesem Titel brachte die Landessynode während ihrer Herbsttagung, die pandemiebedingt digital stattfand, einen Zukunftsprozess auf den Weg, in dessen Rahmen bis November 2024 Lösungen für vielfältige Herausforderungen erarbeitet werden sollen. „Unser kirchlicher Auftrag kann nicht ohne Blick auf die Ressourcen wahrgenommen werden“, stellte Wencke Breyer (Sprenkel Hannover) an den Beginn ihrer Einbringungsrede. Die Vorsitzende des Scoping-Ausschusses, der seit November 2020 das Prozess-Design für den Zukunftsprozess entwickelte, hob bei der Vorstellung des Aktenstückes Nr. 25 B hervor, dass Kirche als Teil eines sozialen Gefüges handele, das sich schnell verändere – damit veränderten sich auch die Erwartungen an die Kirche. Es sei an der Zeit, gemeinsam eine ehrliche Bestandsaufnahme zu machen, Neues zu entdecken und zu prüfen und dabei auch Schritte zu tun, die schmerzhaft seien.

Um sich den wachsenden Herausforderungen wie Mitgliederverlust, sinkenden Einnahmen und Personalmangel zu stellen, sollen im Zukunftsprozess Problemfelder identifiziert und Lösungsansätze entwickelt werden, die überall in der Landeskirche anwendbar sein sollen. „Scheitern ist erlaubt, Ausprobieren ebenso“, heißt es dazu in einem Papier, das den Synodalen dabei helfen soll, den Prozess in ihre Kirchengemeinden, -kreise und Einrichtungen zu kommunizieren.

Zentraler Akteur innerhalb des Projektes #Kirche2030 wird das Zukunfts-



Wencke Breyer und Roger Cericius stellten der Landessynode das vom Scoping-Ausschuss erarbeitete Konzept für den Zukunftsprozess vor.

prozess-Team mit 4,5 Vollzeitstellen für verschiedene Fachgebiete sein, das beim Aufbau von Pilotprojekten und Veranstaltungen, bei der Vernetzung und Kommunikation unterstützen und ein digitales Ideen- und Beteiligungsportal aufbauen soll. Erkundungs-Workshops sollen zu Ideenschmieden werden, Forscher*innen-Teams überdies zu kirchenfernen Wirkungsstätten aufbrechen. Zur Teilnahme daran aufgefordert sind beruflich und ehrenamtlich Tätige in Kirchengemeinden und -kreisen, in Einrichtungen und auf den kirchenleitenden Ebenen. *Weiter auf Seite 2*

Aus dem Inhalt

Landessynode ruft zur
Schutzimpfung auf Seite 2

Vereinfachte Bildung
von Kirchenvorständen Seite 3

Beteiligung Älterer
am Zukunftsprozess Seite 6



EVANGELISCH-LUTHERISCHE
LANDESKIRCHE HANNOVERS

Ein Ausdruck von Solidarität und Nächstenliebe Landessynode ruft alle Menschen zur Covid-19-Schutzimpfung auf

„Die Covid-19-Schutzimpfung ist ein Ausdruck von Solidarität und christlicher Nächstenliebe. Daher ruft die Landessynode der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers alle Menschen auf, sich impfen zu lassen.“

Mit diesen Worten beginnt ein Appell zur Covid-19-Schutzimpfung, mit dem sich die Landessynode zum Abschluss ihrer Herbsttagung einem Aufruf der Landessynode der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck anschloss. „Die pandemische Entwicklung besorgt uns zutiefst. Wir empfinden großes Mitgefühl mit allen, die unter Covid-19 leiden und die in Sorge um ihre Angehörigen oder Freunde sind. Wir erleben die große Belastung der Menschen in Gesundheitsberufen. Nach der langen Zeit sind die Kraftreserven erschöpft.“

Mit folgendem Text, der die Erklärung aus Kurhessen-Waldeck aufgreift und mit verbindenden Sätzen ergänzt, wendet sich die hannoversche Lan-

dessynode an die Öffentlichkeit: „Wir wenden uns dankbar an diejenigen, die sich bereits haben impfen lassen – ‚Sie haben für sich selbst und für andere eine verantwortungsvolle Entscheidung getroffen.‘

Wir wenden uns hoffnungsvoll an diejenigen, die trotz Bedenken nun eine Impfung erwägen – ‚Sie werden sich selbst und andere damit schützen, so gut es möglich ist. Nach 120 Millionen allein in Deutschland verabreichten Dosen verfügt die Medizin über alle notwendigen Erfahrungen, um über die sicheren Impfstoffe aufzuklären. Im Aufklärungsgespräch wird auf Ihre Bedenken eingegangen und geklärt, ob eine Impfung für Ihre medizinische Situation angezeigt ist.‘

Wir wenden uns an diejenigen, die bis jetzt dem weit überwiegenden Konsens der Wissenschaft widersprechen oder gar aktiv unwahre Inhalte über die Pandemie verbreiten – ‚Die Meinungsfreiheit schützt Ihre abwei-

chende Haltung, aber alle Meinungen müssen sich vernunftbezogen prüfen lassen. Das rechtlich Erlaubte ist nicht identisch mit dem, was in dieser Situation aus Verantwortung geboten ist. Freiheit ist nicht nur die Freiheit der Lauten, sondern insbesondere die Freiheit der Schwachen.‘

Wir wenden uns auch an die politisch Verantwortlichen in unserem Land – ‚Aufgrund der Erfahrungen der letzten Zeit bitten wir Sie, die Möglichkeit einer Impfpflicht jetzt ernsthaft zu prüfen. Gleichzeitig gilt auch: Die Pandemie ist eine weltweite Herausforderung, daher muss der Zugang zu Impfstoffen weltweit sichergestellt werden.‘

Wir wenden uns dankbar und erwartungsvoll an die Mitarbeitenden und Engagierten in Kirchengemeinden und kirchlichen Handlungsfeldern – Bitte unterstützen Sie mit Ihrem Handeln, Ihrer Kreativität und Ihren Ressourcen alle Ansätze, die Impfungen fördern.“

„Auch die in den Blick nehmen, die nicht mitmachen“ Bedenken und Zustimmung zum Zukunftsprozess #Kirche2030

Fortsetzung von Seite 1

Eine Art Aufsichtsrat für das Unternehmen Zukunftsprozess wird der Koordinierungsrat darstellen, der den Informationsfluss zur Kirchenleitung sicherstellen, aber kein „Super-Leitungsgremium“ sein sollte, wie Roger Cericius (Sprengel Hannover), stellvertretender Vorsitzender des Scoping-Ausschusses, betonte. „Der erste Arbeitsauftrag innerhalb des Prozesses wird eine große Auftaktveranstaltung sein, bei der alle Instrumente des Prozesses vorgestellt werden“, so Cericius.

In der Aussprache äußerte Andreas Hannemann (Sprengel Stade) starke Bedenken gegenüber dem Prozess: Es sei nicht die richtige Zeit, um ein sol-

ches Vorhaben zu beginnen – mitten in der Finanz- und Stellenplanung, der Corona-Krise und der Umsetzung der Umsatzsteuerreform fehlten den Kirchengemeinden die Ressourcen, um den Zukunftsprozess voranzubringen. Nötig und leistbar sei vielmehr die Reduzierung kirchlicher Verwaltungsvorschriften.

Offene Fragen blieben nach der Vorstellung des Zukunftsprozesses auch bei Jörn Surborg (Sprengel Hildesheim-Göttingen): „Was ist mit den vielen, die jetzt schon sagen: bitte nicht schon wieder?“, fragte er und forderte dazu auf, explizit auch all die Gemeinden in den Blick zu nehmen, die nicht mitmachen wollten oder könnten.

„Die Kirchenkreise haben Interesse daran, Begleitung und Ressourcen zu bekommen – das ist die Idee dieses Designs“, stellte hingegen Sebastian Kühl (Sprengel Hannover) fest. „Bereits bestehende Prozesse zu stärken, kann hier gelingen. Der Prozess hat es in sich, immer weiter entwickelt zu werden; wichtig ist, dass wir ihn jetzt beginnen lassen.“

Mit deutlicher Mehrheit sprach sich die Landessynode für den Start des Zukunftsprozesses #Kirche2030 aus. Der vorgesehene Zeitplan sieht eine Auftaktveranstaltung im Sommer 2022 und die Einbringung der Prozessauswertung in die Landessynode im November 2024 vor.

Ein neuer Fokus auf junge Menschen Bildung von Kirchenvorständen soll vereinfacht werden

Das Kirchenvorstandswahlrecht der hannoverschen Landeskirche ist knapp 30 Jahre alt und hat mittlerweile fünf Wahlen zu Kirchenvorständen (KV) überdauert – darauf wies Oberkirchenrätin Anna Burmeister bei der Einbringung des Aktenstückes Nr. 16 A hin. Im Anschluss an die bislang letzte Wahl im Jahr 2018 war mit Überlegungen zu einer Reform begonnen worden; im Rahmen eines Beteiligungsverfahrens gingen dazu mehr als 300 Kommentare und etwa 50 ausführliche Stellungnahmen aus Kirchengemeinden und -kreisen im Landeskirchenamt ein. Die darin beschriebenen Erfahrungen seien maßgeblich in den Entwurf zur Neuregelung des Wahlrechtes eingeflossen, betonte Burmeister.

Der Entwurf verfolgt insbesondere die Ziele, Kirchengemeinden zu entlasten, eine höhere Wahlbeteiligung zu erreichen und das Engagement junger Menschen in den Kirchenvorständen zu fördern. So soll das Mindestalter für die Wählbarkeit und die Berufung auf 16 Jahre herabgesetzt werden; der Wahlaufsatz soll zukünftig mindestens eine Person enthalten, die jünger als 27 Jahre ist. Erwünscht ist auch die Einbeziehung der Evangelischen Jugend und der Jugendverbände in die Kandidat*innensuche.

Vorgesehen sind darüber hinaus unter anderem die folgenden Verän-

derungen, die schon 2024 zum Tragen kommen sollen: die Einführung einer allgemeinen Briefwahl und die Möglichkeit zur Online-Wahl; die Herabsetzung der Mindestzahl von KV-Mitgliedern auf drei; die Möglichkeit zum Kumulieren von bis zu drei Stimmen auf eine Kandidatin oder einen Kandidaten sowie die Möglichkeit einer Kandidatur für zunächst nur drei Jahre. Grundsätzlich soll die sechsjährige Amtsperiode erhalten bleiben.

„Die Kirchengemeinden müssen sich zukünftig auch nicht mehr um die Herstellung und den Versand der Wahlunterlagen kümmern“, stellte Burmeister eine weitere Erleichterung vor. Alle notwendigen Unterlagen würden in personalisierter Form in einer Versandtasche von zentraler Stelle erstellt und an alle Wahlberechtigten verschickt. Burmeister stellte dazu einen Dummy vor, der von der Evangelischen Medienarbeit (EMA) in Zusammenarbeit mit dem Landeskirchenamt entwickelt worden war.



Oberkirchenrätin Anna Burmeister stellte für das Landeskirchenamt den Gesetzentwurf vor.

In der Aussprache begrüßten mehrere Synodale die Vereinfachung des Verfahrens und den Fokus auf junge Menschen. Kontrovers diskutiert wurde die Beibehaltung der Regelung, nach der Verwandte und Lebenspartner*innen nicht gleichzeitig Mitglieder desselben Kirchenvorstandes sein dürfen. „Das bremst insbesondere jüngere Menschen aus und ich halte es für unwahrscheinlich, dass sich hier Clan-Strukturen bilden“, stellte Dr. Bettina Siegmund (Sprenkel Ostfriesland-Ems) fest.

Der Gesetzentwurf wurde zur weiteren Beratung in die zuständigen Fachausschüsse überwiesen.

LSA befürwortet systematische Mitgliederkommunikation

„Die Zahl der Taufen ist, überwiegend pandemiebedingt, um fast 10.000 von 20.179 im Jahr 2019 auf 10.475 im Jahr 2020 gesunken“ – diese nicht überraschende, dennoch ernüchternde Zahl nannte der Vorsitzende Jörn Surborg (Sprenkel Hildesheim-Göttingen) im Tätigkeitsbericht des Landes-synodalausschusses (LSA). Der LSA begrüße daher die Initiative „gottes-

geschenk – Taufjahr 2022“ in der Hoffnung, dass so mindestens die Hälfte der in 2020 ausgefallenen Taufen nachgeholt werden könne.

Auch ein weiteres landeskirchliches Projekt begrüße der LSA, teilte Surborg mit: die systematische Mitgliederkommunikation. Es sei richtig, auch mit vergleichsweise hohen Kosten in die Kontaktpflege und die Stärkung von

Bindungen zu investieren, um den Verlust an Mitgliedern nicht zu groß werden zu lassen: „Das sind Ausgaben, die jedes Unternehmen leisten muss, um am Markt zu bleiben.“ Für den ersten Umsetzungsschritt des Kommunikationskonzeptes ist ein Pilotprojekt mit drei bis fünf Kirchenkreisen geplant, für das 35.000 Euro in den Haushalt 2021/22 eingestellt wurden. *Weiter auf Seite 4*

„Aus Loccum Lehren für die Zukunft ziehen“ Landessynode will zukünftig eine Finanzfolgenabschätzung

Fortsetzung von Seite 3

„Das ist ein Projekt, das sich deutlich von anderen abhebt und eine außerordentliche Resonanz erzielt.“ Mit aner kennenden Worten ging der LSA-Vor sitzende in seinem Bericht auch auf den YouTube-Kanal „Anders Amen“ des Pastorenehepaares Ellen und Stefanie Radtke aus dem Dorf Eime bei Hildesheim ein. Der LSA unterstütze die vom Landeskirchenamt vorgeschlagene Absicherung: Befristet zunächst auf die Jahre 2022 und 2023 erhalten beide Pastorinnen jeweils eine 50%-Stelle für die Fortführung des Projektes, eine dauerhafte Finanzierung über diesen Zeitraum hinaus wird ins Auge gefasst. Für den Zeitraum bis Ende März 2023 und mit einer Option auf Verlängerung ist auch der technische Support durch den Evangelischen Kirchenfunk Nieder sachsen-Bremen (ekn) sichergestellt.

Weiter widmete sich Surborg in seinem Bericht der Sanierung des mittlerweile wieder eröffneten Predigerseminars im Kloster Loccum. Der LSA habe der Freigabe der Mittel für das mit insgesamt 35,8 Millionen Euro sehr kostspielige Bauprojekt letztlich zugestimmt: „Wir haben uns über die ständigen Verzögerungen und Kostensteigerungen geärgert, die Begrün dungen dafür waren jedoch immer nachvollziehbar.“

Angesichts der Bausumme sei ein kritischer Blick wichtig, betonte Sur borg. Gleichzeitig müsse anerkannt werden, dass mit dem Predigerseminar



Sanierung, Modernisierung und Erweiterung des Predigerseminars im früheren Zisterzienserkloster Loccum sind weitgehend abgeschlossen.

für die Ausbildung des theologischen Nachwuchses Bedingungen auf der Höhe der Zeit geschaffen worden seien: „Willkommen in der Zukunft!“

Mit Blick auf zukünftige Baupro jekte wie die Sanierung des evange lischen Gymnasiums Andreanum in Hildesheim forderte Surborg, aus der Loccumer Sanierungsgeschichte Leh ren für die Zukunft zu ziehen. Diesen Gedanken griffen mehrere Synodale in der anschließenden Aussprache auf: In einem von Bernd Rossi (Sprengel Hil desheim-Göttingen) gestellten und von Nina Hollung (Sprengel Lüneburg) er gänzten Antrag fordern sie das Landes kirchenamt auf, rückwirkend bis 2017

die Kosten für Baumaßnahmen an evangelischen Schulen zusammenzu stellen sowie die für die kommenden zehn Jahre geplanten größeren Bauvor haben mit einer Kostenschätzung auf zulisten. Mit der Zustimmung zu einem weiteren Antrag von Ulf Thiele (Sprengel Ostfriesland-Ems) möchte die Landes synode zudem ein Verfahren zur Finanz folgenabschätzung einführen: Für alle Bauvorhaben mit einem Umfang von mehr als zwei Millionen Euro soll den synodalen Fachausschüssen zukünftig eine Baukostenschätzung vorgelegt werden; dafür könne die entsprechen de Regelung des Landes Niedersachsen ein Vorbild sein.

Irritation über Entscheidungen bei „Brot für die Welt“

In der Aussprache zum Tätigkeitsbe richt des LSA wurde auch eine Irrita tion thematisiert, die Anfang dieses Jahres zwischen der hannoverschen Landeskirche und dem evangelischen Hilfswerk „Brot für die Welt“ entstand. Im Zusammenhang mit einem Projekt

der Hildesheimer Blindenmission zur Berufsgrundbildung, für das bereits Haushaltsmittel eingeplant und mit einem Sperrvermerk versehen worden waren, wurde das Landeskirchenamt darüber informiert, dass Brot für die Welt keine Bildungsmaßnahmen mehr

fördere. Das Projekt konnte durch Ei genmittel der Blindenmission und eine Förderzusage des Katholischen Blindenwerkes gerettet werden; dennoch äußerten mehrere Synodale deutliche Kritik an jüngsten Entscheidungen bei Brot für die Welt. *Weiter auf Seite 5*

„Sonst kommen wir nicht aus den Fängen der Pandemie“ Diakonie wünscht sich Prüfung einer allgemeinen Impfpflicht

Im Diakonischen Werk evangelischer Kirchen in Niedersachsen (DWiN) finde sich das ganze Spektrum diakonischer Arbeit – von der Schwangerschaftskonfliktberatung bis zur Hospizarbeit, betonte Oberlandeskirchenrat und Vorstandssprecher Hans-Joachim Lenke, der der Landessynode den Tätigkeitsbericht des DWiN vorstellte. „Es gibt keinen Lebensbereich, in dem es kein diakonisches Angebot gibt.“

Die Auswirkungen zweier Corona-Jahre auf die Handlungsfelder der Diakonie in Niedersachsen seien erheblich, stellt der Tätigkeitsbericht fest.

Der Schutz der besonders gefährdeten Gruppe der alten Menschen sei insbesondere zu Beginn der Pandemie eine große Kraftanstrengung gewesen, ebenso der Aufbau medizinischer Behandlungseinheiten für an Covid-19 erkrankte Menschen. Groß seien auch die Herausforderungen für Mitarbeitende in den Kindertagesstätten: „Kein anderer Bereich hat so viele Kontaktflächen zwischen Geimpften und Ungeimpften, also den Kindern“, so Lenke. In der Beratungsarbeit sei in rasantem Tempo auf digitale Angebote umgestellt worden; insgesamt

hätten die mehr als 75.000 Mitarbeitenden der Diakonie mit ihrem Engagement viel dazu beigetragen, dass das System nicht kollabierete. „Ich empfinde Dank und Respekt, weil hier weitergearbeitet wurde, während andere sich weitgehend ins Homeoffice zurückzogen“, so Lenke.

„Die Diakonie bittet die Politik

ausdrücklich um Prüfung einer allgemeinen Impfpflicht – ohne sie kommen wir nicht aus den Fängen der Pandemie“, erklärte der Diakonie-Vorstandssprecher weiter.

Ausführlich ging Lenke auch auf den Mangel an Fach- und Arbeitskräften ein, der der Diakonie im Bereich Kitas ebenso zu schaffen macht wie in der Pflege. Die öffentlich viel diskutierte Bezahlung sei hier nicht der Grund: „Der Tarifvertrag Diakonie ist ein sehr attraktives Tarifsysteem, von dem allein in Niedersachsen mehr als 40.000 Mitarbeitende profitieren.“ Darüber hinaus werde Pflege als sinnstiftend und befriedigend erlebt; auf der anderen Seite gebe es aber Schicht- und Wochenenddienste, Arbeitsverdichtung durch Kostendruck und Personalknappheit und Sorgen, die mit in den Feierabend genommen würden.

Eindringlich wies Lenke auch auf die zunehmende Spaltung innerhalb der Gesellschaft hin: „Vor dem Virus sind eben nicht alle gleich.“ Als diakonischer Reparaturbetrieb sei das DWiN gut, es müsse aber die Frage gestellt werden, ob nicht stärker für mehr Teilhabe und Chancengleichheit gestritten werden müsse. „Wir müssen stärker sozialantwortlich agieren – das sind dicke Bretter, die zu bohren sind, aber es lohnt sich immer wieder.“ *Weiter auf Seite 6*



Hans-Joachim Lenke legte der Landessynode den Tätigkeitsbericht des Diakonischen Werkes vor.

„Eine erhebliche Hürde für die Partnerschaftsarbeit“

Fortsetzung von Seite 4

Eine Umstrukturierung innerhalb des Hilfswerkes führe zu einer Gefährdung der Partnerschaftsarbeit in der hannoverschen Landeskirche, berichtete Dr. Jörg Zimmermann (Sprengel Lüneburg), Vorsitzender des Ausschusses für Mission und Ökumene. So würden Sachmittel und auch Flugreisen nicht mehr gefördert – eine erhebliche Hürde, da Partnerschaften von der persönlichen

Begegnung lebten, so Zimmermann. Der Ausschuss fühle sich zudem hinter Licht geführt, da es vorab keine Kommunikation gegeben habe.

Dr. Karin Köhler (Sprengel Hildesheim-Göttingen) schloss sich dieser Kritik an: „Wir sind ein großer Geldgeber für Brot für die Welt und unsere langjährige Expertise im Ausschuss für Mission und Ökumene wird dort nicht wahrgenommen – warum sollten wir

unser Geld weiter dorthin geben?“

Auf Antrag des Synodalen Henning Enge (Sprengel Osnabrück) beauftragte die Landessynode den Ausschuss für Mission und Ökumene sowie den Finanzausschuss zu prüfen, wie Mittel des Kirchlichen Entwicklungsdienstes an Brot für die Welt zurückgehalten werden könnten, um die Partnerschaftsarbeit auf anderem Wege zu fördern.

„Ältere sind beispielhaft vorangegangen“

Landesbischof wirbt für Beteiligung Älterer am Zukunftsprozess

Es sei für ihn unzweifelhaft, dass die Kirche sich zukünftig verstärkt als zivilgesellschaftliche Akteurin verstehen werde – diese Aussage rückte Landes-



Ralf Meister, hier mit einem Foto von sich selbst auf dem Arm des Großvaters, warb für einen neuen Blick auf das Alter.

bischof Ralf Meister ins Zentrum des ersten Teils seines Berichtes vor der Landessynode. Die klassische gesellschaftliche Ordnung sei einer hochengagierten Beteiligungskultur gewichen, die ihre Anliegen in unterschiedlicher Organisationsform selbst in die Hände nehme. Ins Zentrum kirchlichen Handelns gehöre dabei der ursprünglich alttestamentarische Satz: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst.“

„Die Corona-Pandemie hat auch im zivilgesellschaftlichen Feld schmerzhaft Kollateralschäden angerichtet“, stellte Meister mit Blick auf die Tafeln, auf Bücherei- und Migrationsarbeit, Seniorenkreise und viele weitere Aktivitäten fest. „Auch in der Kirche mache ich mir Sorgen, wie viel abgebrochen ist und was davon wieder aufgenommen wird.“ Meister regte an, den Begriff „Ehrenamt“ durch „bürgerschaftliches Engagement“ zu ersetzen, da es sich tatsächlich um einen aktiven Dienst an der Zivilgesellschaft handele.

Viel Raum widmete Meister auch dem Thema Alter: „Alte Menschen sind zunächst einmal keine ‚Risikogruppe‘, sondern sie sind vor allem lebenser-

fahren und klug.“ Heute definiere sich niemand mehr über das Alter und so sei es nicht verwunderlich, dass einige kirchliche Angebote nur noch bedingt gut ankämen. Vielfach seien es schlichte Betreuungsangebote, was in der Zeit der Pandemie noch befördert worden sei, indem Senior*innen zur vulnerablen Gruppe erklärt wurden, die vor allem geschützt werden müsse.

„Diese Verkürzung führt in die Irre“, so Meister. „Das Älterwerden wird zu einem Stereotyp, bei dem Alter als defizitärer Zustand gesehen wird.“ Tatsächlich seien Ältere mit ihrer hohen Impfbereitschaft in den Monaten der Pandemie beispielhaft vorangegangen. In diesem Zusammenhang bat Meister die Synodalen zu diskutieren, ob die Landessynode sich dem Impfpfappell der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck anschließen könne.

Die Generation 60plus müsse schon im Planungsstadium für den Zukunftsprozess gewonnen werden, forderte Meister. Das hohe Maß an Selbstbestimmung und Freiheit dieser Generation werde zur Entwicklung neuer Konzepte führen. *Weiter auf Seite 7*

Diakonie hat wichtige Aufgabe als sozialpolitische Akteurin

Fortsetzung von Seite 5

Eine Reihe von Aufgaben der Diakonie als sozialpolitische Akteurin benannte Lenke in seinem Tätigkeitsbericht: die Steigerung der Attraktivität sozialer Berufe, die kritische Begleitung einer künftigen Kindergrundsicherung, die Etablierung digitaler Prozesse über die Pandemie hinaus unter Beachtung des Verhältnisses von Gewinn und Datenschutz, Mitarbeit an Lösungen in Quartieren mit fehlendem Wohnraum, den Ausbau der Zusammenarbeit von Kirche und Unternehmensdiakonie sowie die Stärkung der Kirchenkreissozialarbeit durch mehr personelle Ressourcen. „Diakonie ist in Bereichen präsent, zu

denen wir nicht mehr selbstverständlich Zugang haben – und sie repräsentiert dort Kirche“, schloss Lenke seinen Vortrag.

In der Aussprache dankte Ines Trzaska (Sprengel Hannover) dem DWiN für die verlässliche Unterstützung in der Pandemie und für das politische Engagement, das zur aktuell sicheren Refinanzierung von Einrichtungen und Diensten beigetragen habe. „Es ist ein absoluter Segen, dass Sie dem Evangelium ein Gesicht geben“, erklärte Corinna Engelmann (Sprengel Hildesheim-Göttingen). Jörn Surborg (Hildesheim-Göttingen) begrüßte es, dass Lenke als Mitglied des

Koordinierungsrates wichtige diakonische Themen in den Zukunftsprozess einspielen könne. Als grandiose Fehlentscheidung der Politik beklagte Steffen Creydt (Hildesheim-Göttingen) die Ausweitung der Qualitätsstandards in niedersächsischen Kindertagesstätten, ohne dass gleichzeitig für mehr Personal gesorgt worden wäre.

In seinem Schlusswort wies Lenke auf ein geplantes Treffen mit Niedersachsens Kultusminister Tonne hin: Dabei werde es darum gehen, Erzieher*innen in Form einer Dualen Ausbildung zu qualifizieren – nur das biete Kommunen die Möglichkeit, eine Ausbildungsvergütung zu zahlen.

Entwicklung zu einer Transformationswerkstatt Fonds „Missionarische Chancen“ will Prozesse ermöglichen

„Der neue Fonds ‚Missionarische Chancen‘ soll sich von einem Geldgeber hin zu einer Transformationswerkstatt entwickeln. Dafür wünschen wir uns agile Arbeitsformen, einen engen Austausch im Experimentieren und das Begreifen von Scheitern als Lernerfahrung.“

Dr. Jörg Zimmermann (Sprengel Lüneburg), Vorsitzender des Ausschusses für Mission und Ökumene, legte der Landessynode jetzt einen Zwischenbericht zur Weiterentwicklung des Fonds Missionarische Chancen (FMC) vor. Ein Gutachten im Haus kirchlicher Dienste hatte ergeben, dass sich der Fonds über die reine Mittelvergabe hinaus mehr vernetzen, außerdem Projekte stärker begleiten, eine Lernplattform einrichten und sein Projektmanagement sowie die Öffentlichkeitsarbeit

ausbauen müsse. Zukünftig stehe nicht mehr das Ermöglichen von Projekten, sondern die Förderung von Prozessen im Vordergrund, berichtete Zimmermann. Die finanzielle Förderung werde gegenüber der Ideenfindung, der Beratung und Begleitung und dem vernetzten Lernen in der gesamten Landeskirche in den Hintergrund treten. Dennoch, so Zimmermann, sei auch weiterhin eine Anschubfinanzierung möglich, um guten Ideen zum Erfolg zu verhelfen.

Bewusst sei die Weiterentwicklung des FMC nicht mit dem Scoping-Ausschuss „Zukunft Kirche“ abgestimmt worden, betonte Zimmermann. Es gebe eine Reihe von Überlappungen und Synergien seien erwünscht, dennoch sehe sich der FMC als eigenständig.

„Mir ist völlig unklar, wie sich das zusammenfinden soll“, stellte Regionalbischöfin Dr. Adelheid Ruck-Schröder (Sprengel Hildesheim-Göttingen) fest und verwies damit auf deutliche Parallelstrukturen zum Zukunftsprozess der Landeskirche. Auch Dr. Bettina Siegmund (Ostfriesland-Ems) und Jörn Surborg (Hildesheim-Göttingen) warben dafür, stärker auf eine Verknüpfung der Prozesse sowie eine Fokussierung auf die jeweils eigene Aufgabe zu achten und Doppelstrukturen zu vermeiden. Henning Enge (Sprengel Osnabrück) hingegen begrüßte es, dass an zwei Stellen das gleiche Verfahren entwickelt wurde: „Das kann eine Zeitlang zweigleisig laufen.“

Die Landessynode beschloss, sich einmal jährlich zum FMC berichten zu lassen.

„Wir müssen klare Kante zeigen“

Fortsetzung von Seite 6

Große Bedeutung für die Zukunft der Kirche misst Ralf Meister auch dem Blick auf Kinder und Jugendliche zu. In der Folge der ersten Jugendsynode habe sich seit 2015 ein Perspektivwechsel vollzogen, weg von dem bis dahin auch die Jugendarbeit prägenden Betreuungsgedanken. Mit Spannung blicke er auf die kommende Jugendsynode im Mai 2022 und die Impulse, die sie für den Zukunftsprozess geben werde: „Welche Themen daraus werden wir zu unseren Themen machen?“

Schließlich würdigte Meister auch die Initiative „#gottesgeschenk – Taufjahr 2022“ als Teil des Weges in die Zukunft: „Das ist eine Möglichkeit zu verstärken, was es ja schon gibt.“

In der Aussprache zum Bischofsbericht dankte Franziska Baden (Sprengel Lüneburg) dem Landesbischof für sein Eintreten für zivilgesellschaftliches Engagement. „Wir müssen klare Kante zeigen, wenn wir uns als Teil dieser Zivilgesellschaft verstehen“, so Baden. Auf

ihren Antrag hin formulierten Diakonie- und Öffentlichkeitsausschuss den Impfappell, der von der Landessynode verabschiedet wurde (vgl. Seite 2).

Steffen Creydt (Sprengel Hildesheim-Göttingen) beklagte das Fehlen der 30- bis 40-Jährigen im Bischofsbericht, die der Kirche vielfach den Rücken kehrten und nur schwer zu erreichen seien. In seiner Antwort begründete Meister seine Auswahl der Generation 60plus: Die Babyboomer gingen aktuell in großer Zahl in den Ruhestand und seien dann vielfach auf der Suche nach sinnstiftender Tätigkeit – darauf müsse Kirche sich einstellen.

Die Synodale Dr. Karin Köhler (Sprengel Hildesheim-Göttingen) benannte den Klimaschutz als Thema, bei dem Kirchenkreise auf die Zusammenarbeit mit Jugendlichen setzen könnten. Die Landessynode folgte ihrem Antrag, das Landeskirchenamt möge prüfen, wie Kirchenkreise bei nachhaltigem, klimaneutralen Handeln und der ökofairen Beschaffung unterstützt werden könnten.

Schutz vor Gewalt

Mit mehreren Beschlüssen zu Änderungen am Mitarbeitendengesetz, an der Kirchengemeinde- und der Kirchenkreisordnung sowie an dienstrechtlichen Vorschriften nahm die Landessynode jetzt die Vorgaben der EKD-Richtlinie zum Schutz vor Sexualisierter Gewalt in die landeskirchliche Gesetzgebung auf. Sie beinhaltet nun ein klares Abstands- und Abstinenzgebot, die Melde- und Beratungspflicht in Fällen Sexualisierter Gewalt und das Verbot der Mitwirkung von rechtskräftig verurteilten Personen in der Kinder- und Jugendarbeit.

Gesetzlich festgeschrieben wird zudem die bisherige Praxis, dass alle, die in der Kinder- und Jugendarbeit tätig werden wollen, ein Erweitertes Führungszeugnis vorlegen müssen.

Die Regelungen gelten für alle beruflich und ehrenamtlich Mitarbeitenden; entsprechende Regelungen für den Pfarrdienst und das Beamtenrecht waren bereits von der EKD als zuständiger Gesetzgeberin beschlossen worden.

„Was unsere Kirche im Innersten zusammenhält“ Ausschuss spricht sich für Quereinstieg in die Kirchenmusik aus

„Dieses Thema berührt das, was unsere Kirche im Innersten zusammenhält, nämlich ihren Verkündigungsauftrag.“ Mit diesen Worten leitete Marianne Gorka (Sprengel Hildesheim-Göttingen), Vorsitzende des Ausschusses für Kirchenmusik und Kultur, den Zwischenbericht des Ausschusses zum Quereinstieg in die hauptberufliche kirchenmusikalische Tätigkeit sowie zum Berufseinstiegsjahr für Kirchenmusiker*innen ein.

Das Berufseinstiegsjahr sei eingeführt und durch Verordnung geregelt, erläuterte Gorka. Allerdings sei aktuell nur eine der vier dafür zur Verfügung stehenden Stellen besetzt; demgegenüber gebe es einen Pool von acht Tutor*innen. Das Einstiegsjahr solle evaluiert werden um zu klären, ob es zur dauerhaften Einrichtung werden könne.

Der Quereinstieg in den Beruf werde eine Ausnahme bleiben, stellte Gorka fest. Dennoch sollte diese Möglichkeit angesichts der Schwierigkeit, qualifizierte Musiker*innen zu finden, stär-

ker in den Blick genommen werden. Es gehe nicht darum, Qualitätsansprüche herunterzuschrauben; die gewünschte Qualität sei jedoch auch auf anderen Ausbildungswegen als dem klassisch evangelischen zu erreichen. Christian Berndt (Sprengel Lüneburg) pflichtete dem bei und betonte, dass es sehr positive Erfahrungen mit dem Quereinstieg gebe. „Gospel und Pop holen die Menschen in die Gottesdienste“, stellte er dazu fest.

Auf Antrag des Ausschusses für Kirchenmusik und Kultur stimmte die Landessynode weiteren Beratungen zum Quereinstieg zu, bat die Fachausschüsse um Überlegungen zur Einfüh-



Marianne Gorka warb für eine Stärkung der Kirchenmusik durch die Möglichkeit des Quereinstiegs.

rung eines Kirchenmusikgesetzes mit dem Ziel, nebenberufliche Kirchenmusiker*innen in den Verkündigungsdienst einzuordnen, und regte ein standardisiertes Verfahren zur Abrechnung nebenberuflicher kirchenmusikalischer Tätigkeit an.

Besonderes Kirchgeld

Als Reaktion auf verschiedene Gerichtsurteile zur Verhältnismäßigkeit des besonderen Kirchgeldes schlägt die Landeskirche das Außerkraftsetzen der landeskirchlichen Steuerbeschlüsse für das Jahr 2022 und eine gleichzeitige Neufassung der Beschlüsse zur Entlastung von Kirchensteuerzahler*innen vor. Zu diesem Zweck sollen die Stufen der Kirchgeldtabelle um jeweils 10.000 Euro angehoben werden. Hintergrund ist das besondere Kirchgeld, das von Mitgliedern erhoben wird, deren Ehepartner*in nicht einer steuererhebenden Kirche angehört. „Damit führen wir eine Belastung zurück, die über die Jahre faktisch angewachsen ist“, erklärte Oberkirchenrat Wolf Martin Waldow. Die Landessynode stimmte dem Entwurf zu.

Verabschiedungen

„Als Gleichstellungsbeauftragte haben Sie eine engagierte Interessenvertretung betrieben – in der Sache manchmal unbequem, in der Form immer äußerst verbindlich. Das hat die Zusammenarbeit mit Ihnen sehr angenehm gemacht.“ Mit diesen Worten verabschiedete Präsident Dr. Matthias Kannengießer Hella Mahler am letzten Sitzungstag aus der Landessynode. Mit Dank verabschiedete er dann auch Dr. Rolf Krämer, den langjährigen Finanzchef der Landeskirche: „Sie haben uns immer klar gemacht, was finanziell möglich ist und was nicht, und heute stehen wir vergleichsweise gut da.“

Mahler und Krämer waren bereits Ende September aus ihren Ämtern im Landeskirchenamt in den Ruhestand gewechselt.

Impressum

Herausgegeben im Auftrag der
26. Landessynode der Evangelisch-
lutherischen Landeskirche Hannovers
von der landeskirchlichen Pressestelle,
Rote Reihe 6, 30169 Hannover

Redaktion: Andrea Hesse (verantw.)
unter Mitwirkung der Presse- und
Öffentlichkeitsbeauftragten der
Sprengel

Grafik und Satz: Andrea Hesse

Fotos: Jens Schulze

Druck: QUBUS media, Hannover



www.synode.landeskirche-hannovers.de